



24/SVV/0028

Mitteilungsvorlage
öffentlich

Novellierung des Konzepts Im Dialog mit dem Oberbürgermeister bzgl. DS 18/SVV/0265, 19/SVV/0108, 20/SVV/0622

<i>Geschäftsbereich:</i> Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters	<i>Datum</i> 08.01.2024
--	----------------------------

<i>geplante Sitzungstermine</i>	<i>Gremium</i>	<i>Zuständigkeit</i>
24.01.2024	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	zur Kenntnis

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Mit ihrem Beschluss vom 05.09.2018 (18/SVV/0265) beauftragte die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister, regelmäßig Dialogformate durchzuführen. Innerhalb dieser Formate sollen der Oberbürgermeister und die Verwaltung über grundsätzliche, stadtweite Angelegenheiten, aber auch über konkrete Anliegen vor Ort informieren und Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner beantworten.

Um die Weiterentwicklung und Erfahrungen der letzten fünf Jahre in das Format einfließen zu lassen, wurde eine Novellierung des Konzeptes erstellt, welche als Anlage beigefügt ist.

Anlagen:

- | | | |
|---|--|------------|
| 1 | Novellierung Konzept Stadteildialog | öffentlich |
| 2 | Pflichtige Zusatzinformationen zur Vorlage | öffentlich |



Konzept Im Dialog mit dem Oberbürgermeister



**Landeshauptstadt
Potsdam**

**Konzept
Im Dialog mit dem
Oberbürgermeister**

Impressum

Herausgeber:

Landeshauptstadt Potsdam
Der Oberbürgermeister

Büro des Oberbürgermeisters
Ansprechpartnerinnen: Juliane Arasin und Katharina Tennigkeit

Friedrich-Ebert-Straße 79/81
14469 Potsdam

OBMdialog@rathaus.potsdam.de
www.potsdam.de

Text und Bearbeitung:

Juliane Arasin, Büro des Oberbürgermeisters
Katharina Tennigkeit, Büro des Oberbürgermeisters

Fotos:

Titelbild Links: Jan Brunzlow, Landeshauptstadt Potsdam
Titelbild Mitte: Robert Schnabel, Landeshauptstadt Potsdam
Titelbild Rechts: Stefanie Buhr, Landeshauptstadt Potsdam
Seite 2: Jan Brunzlow, Landeshauptstadt Potsdam
Seite 3, 4, 10: Robert Schnabel, Landeshauptstadt Potsdam
Seite 7: Hendrik Hartung, Landeshauptstadt Potsdam
Seite 8, 11, 12: Katharina Tennigkeit, Landeshauptstadt Potsdam
Seite 17: Michael Lüder, Landeshauptstadt Potsdam

Stand: November 2023

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.

Inhaltsverzeichnis

Impressum	3
Einführung	1
Grundlage	1
Rückblick	1
Grundsätzliches	5
Ziele	5
Die Bürgersprechstunde	7
Vom Stadtteildialog zur Einwohnerversammlung	7
Kinder- und Jugendbeteiligung	10
Standards der Einwohnerversammlungen	10
Themenangebot	11
Dokumentation und Veröffentlichung	12
Einbringung gewichteter Hinweise in die Stadtverordnetenversammlung	13
Zeitplanung	14
Ressourcenplanung	15

Einführung

Grundlage

Mit ihrem Beschluss vom 05.09.2018 (18/SVV/0265) beauftragte die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister, regelmäßig Einwohnerversammlungen durchzuführen. Innerhalb dieser Formate sollen der Oberbürgermeister und die Verwaltung über grundsätzliche, stadtweite Angelegenheiten, aber auch über konkrete Anliegen vor Ort informieren und Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner beantworten.

Diesem Beschluss war ein Verfahren zu Wanderungen im Stadtteil vorangegangen, welches bis 2018 durch die Verwaltungsspitze unter Ausschluss der Einwohnerinnen und Einwohner im Laufe eines Arbeitstages organisiert wurde.

Mit dem durch den Oberbürgermeister im Januar 2019 vorgelegten „Konzept Stadtteilkonferenzen / Stadtteilwanderungen und Bürgersprechstunden“ (19/SVV/0108) sollten Wanderungen und Veranstaltungen mit einem partizipativen Charakter zu Zeiten stattfinden, die einen Dialog der Bürger:innen direkt mit der Verwaltungsspitze in der Landeshauptstadt Potsdam ermöglichen.

Nach einer Pilotphase von einem Jahr wurde das Konzept evaluiert und mit dem Titel „Im Dialog mit dem Oberbürgermeister“ (20/SVV/0622) dem Hauptausschuss am 24.06.2020 zur Kenntnis vorgelegt.

Anschließend fand im Rahmen der Weiterentwicklung des Konzepts am 30.09.2021 ein Fachgespräch „Im Dialog mit dem Oberbürgermeister“ mit den Fraktionen und Fraktionslosen der Stadtverordnetenversammlung, den Ortsvorstehenden und externen Akteuren der bereits stattgefundenen Dialoge statt. Insbesondere die Herausforderungen der Pandemie und den damit einhergegangenen Schwierigkeiten wurden ausgewertet und ein Rückblick auf die Jahre 2019 und 2020 sowie ein Ausblick für die beiden Folgejahre gegeben.

Anfang des Jahres 2023 wurde ein Rückblick für die beiden Jahre 2021 und 2022 vorgelegt, welcher aufzeigt, dass sich das Konzept und die Formate aus 2019 weiterentwickelt haben. Diese Genese deutet darauf hin, dass eine Fortschreibung des ursprünglichen Konzeptes nötig ist, um die Entwicklungen festzuhalten und Erfahrungen auszuwerten.

Rückblick

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (18/SVV/0265) beschreibt ein Format von jährlichen Versammlungen, in welchem „der Oberbürgermeister und die Beigeordneten über Probleme der Stadt und des Sozialraums informieren und mit den Einwohnerinnen und Einwohnern über die weitere Entwicklung diskutieren“. Diese Vorgaben wurden in dem Konzept „Stadtteilkonferenzen / Stadtteilwanderungen und Bürgersprechstunden“ ausdifferenziert und umgesetzt. Das Konzept sah ein dreiteiliges zusammenhängendes Format vor, welches aus Stadtteilwanderung, -dialog und Bürgersprechstunde besteht. Die Wanderungen und Dialoge wurden nach Stadt-, bzw. Ortsteil oder themenspezifisch abgehalten. So konnte nicht nur auf Stadtteilebene über die Entwicklungen gesprochen und diskutiert werden, sondern das Format bot die Möglichkeit, auf aktuelle Themen zu reagieren und die Einwohnerinnen und Einwohner zu der Entwicklung z.B. der Biosphäre, des

Staudenhofes, des Stadtkanals oder der Energiekrise zu informieren und die Sorgen und Nöte sowie Anregungen aufzunehmen.

Im Nachgang der Wanderungen wurden erste Einschätzungen und Stellungnahmen bis zum Dialogformat, welches in der Regel zwei Wochen später durchgeführt wurde, durch die Verwaltung aufbereitet. Die Ergebnisse wurden den Teilnehmenden des jeweiligen Dialogs zu Beginn der Veranstaltungen in einem Gallery Walk präsentiert und waren ebenfalls auf der Internetseite (Link zur Seite einfügen?) zum Dialog verfügbar. Alle Ergebnisse wurden mithilfe eines Ampelsystems (**grün** = erledigt, **gelb** = in Bearbeitung, **rot** = keine Stellungnahme vorhanden) visualisiert, was den Einwohnerinnen und Einwohnern ermöglichte, direkt zu ihren Themen vertiefende Fragen zu stellen oder Anregungen zu geben. Dies ermöglichte den Einwohnerinnen und Einwohnern direkt zu ihren Themen vertiefende Fragen oder Anregungen zu stellen.

Bürgersprechstunde des Oberbürgermeisters

Bereits vor der Vorstellung des Konzeptes 2019 in der Stadtverordnetenversammlung fand die erste Bürgersprechstunde des Oberbürgermeisters sehr erfolgreich statt. Innerhalb weniger Tage war diese mit 13 Einwohnerinnen und Einwohnern belegt. Der enorme Zuspruch fand darin Umsetzung, auch in den Folgemonaten eine monatliche Bürgersprechstunde anzubieten. Somit wurden 2019 zwölf Bürgersprechstunden mit insgesamt 98 Einwohnerinnen und Einwohner durchgeführt.

Mit Beginn der Corona-Pandemie musste das Format jedoch zeitweise ausgesetzt werden. Dies lag neben den Kontaktbeschränkungen auch an dem abgeordneten Personal für das Pandemiemanagement im Büro des Oberbürgermeisters. Somit wurden 2020 drei Bürgersprechstunden mit insgesamt 21 Einwohnerinnen und Einwohner durchgeführt.

Im Mai 2021 wurde das Format durch die Angebote per Telefon und per Videokonferenz erweitert. Zudem fand die erste Kinder- und Jugendsprechstunde statt. Somit wurden 2021 fünf Bürgersprechstunden mit insgesamt 23 Einwohnerinnen und Einwohner durchgeführt.

2022 wurden acht Bürgersprechstunden mit insgesamt 22 Einwohnerinnen und Einwohner durchgeführt.

Mit Stand von Ende Oktober 2023 wurden bislang sechs Bürgersprechstunden mit 32 Einwohnerinnen und Einwohner durchgeführt. Im Oktober 2023 fand zudem die erste öffentliche Sprechstunde auf einem Wochenmarkt (Bassinplatz), ebenfalls sehr erfolgreich, statt.

Die Bürgersprechstunden des Oberbürgermeisters sind regelmäßig ausgebucht. In persönlichen Gesprächen reagiert der Oberbürgermeister auf die eingebrachten Hinweise, Anregungen und auch Nöte der Einwohnerinnen und Einwohner. Die Nachbereitung der Gespräche erfolgt über das Büro des Oberbürgermeisters.



Dialog mit dem Oberbürgermeister

Bereits im Januar 2019 begann nach der konzeptionellen Erarbeitung des Formates der Stadtteilwanderungen und Stadtteildialoge (zuvor noch Stadtteilkonferenzen) die inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung des ersten Dialoges in Potsdam-West. Dieser fand im März 2019 statt. Im Mai 2019 folgte Potsdam-Schlaatz und im August 2019 der Potsdamer Norden mit den Ortsteilen Fahrland, Neu Fahrland und Marquardt. Der letztgenannte Dialog wurde mit Wanderungen durch alle drei Ortsteile Potsdams am gleichen Tag mit dem Dialog beendet. Zusätzlich wurde bereits im dritten Dialog mit der Weiterentwicklung in der 2019 laufenden Pilotphase begonnen. Der vierte Dialog 2019 führte im November in die zwei Stadtteile Babelsberg Nord und Zentrum Ost. Da sich die Themen teilweise überschneiden, war hier eine zusammenführende Veranstaltung angebracht.

Jedoch musste auch dieses, nach vier Veranstaltungen, etablierte Format durch die Corona-Pandemie ausgesetzt werden. Die Gründe wurden bereits oben benannt.

Da der Oberbürgermeister dennoch zu stadtweiten Themen im Gespräch mit den Einwohnerinnen und Einwohnern bleiben wollte, wurde im Juli 2020 ein rein digitales Format über den Sender Hauptstadt TV im Fernsehen ausgestrahlt. Die Einwohnerinnen und Einwohner der Innenstadt wurden im Vorfeld aufgerufen, ihre Fragen, Hinweise und Anregungen per E-Mail oder Telefon einzureichen. Diese wurden im Dialog mit dem Oberbürgermeister und Experten zu den Themen Staudenhof, Kanal und Quartier am Kanal in einem einstündigen Fernsehformat diskutiert.

Nach dem Fachgespräch im September 2021 fand im Januar 2022 der Dialog zur Außengestaltung der Biosphäre 2.0 mittels Videokonferenz statt. Auch hier wurden Hinweise im Vorfeld aufgenommen. Über eine Präsentation, die auf der Internetseite des Dialoges veröffentlicht wurde, konnten sich die Einwohnerinnen und Einwohner konkret zum Verfahren informieren. Die Videokonferenz fand gleichen Zuspruch wie die Wanderungen und Dialoge 2019. Im Jahr 2022 fand weiterhin ein regulärer Dialog mit vorgelagerter Wanderung im Mai in Potsdam-Drewitz statt.

Aufgrund des Ukrainekrieges und der Energiesituation wurde das Format des Dialoges erneut angepasst. Mittels zweier kurz hintereinander stattfindenden Dialoge nördlich und südlich der Havel im November 2022 informierte der Oberbürgermeister gemeinsam mit Experten zu den von den Einwohnerinnen und Einwohnern gestellten Fragen rund um die Energiesituation. Die Veranstaltungen wurden via Livestream auf dem YouTube-Kanal der Landeshauptstadt Potsdam übertragen, so dass auch hier ein umfassender Informationsfluss gegeben war. Es nahmen gleich viele Einwohnerinnen und Einwohner in Präsenz sowie online teil.



Die Einbringung von Fragen war zudem auch über den Chat möglich. Darauf aufbauend fand im Januar 2023 der erste Dialog in diesem Jahr, aber auch der dritte in der Formatreihe der Dialoge zur Energiesituation in der Potsdamer Innenstadt für alle Potsdamerinnen und Potsdamer statt. Dieser wurde nötig, da es hier aktuelle Entwicklungen gab, zu denen die Einwohnerinnen und Einwohner informiert werden wollten. Dies wurde über den Jahreswechsel durch eingehende Anfragen an die Stadtverwaltung aber auch an die Versorgungsunternehmen der Landeshauptstadt deutlich.

Im Juni 2023 konnte ein zweiter Ortsteildialog (Golm, Grube, Eiche) in der Formatreihe durchgeführt werden. Entgegen des 2019 durchgeführten Ortsteildialoges fanden, entsprechend der Evaluation 2020 und dem Fachgespräch 2021, Wanderung und Dialog an unterschiedlichen Tagen statt.

Im November 2023 fanden Stadtteilwanderung und -dialog in Potsdam-Stern statt. Ebenfalls besonders wird hier erstmals die konkrete Verknüpfung des Formates zu einem zeitgleich laufenden Beteiligungsverfahren in der Landeshauptstadt - zur Rahmenplanung Stern.

Der Zuspruch und auch die stetige Beteiligung der Potsdamerinnen und Potsdamer verdeutlicht den Erfolg des Formates im Dialog mit dem Oberbürgermeister. Auch für die Stadtverwaltung konnte so an vielen Stellen und Themen im Stadtgebiet auf die Erfahrungen der Einwohnerinnen und Einwohner zurückgegriffen werden.

Ziel des Oberbürgermeisters ist es, die Beteiligungsmöglichkeiten der Landeshauptstadt Potsdam stetig weiterzuentwickeln. Daher fließen die Erfahrungen der letzten Jahre nun in die Überarbeitung dieses Konzeptes ein.



Grundsätzliches

Grundpfeiler der Bürgerbeteiligung in der Landeshauptstadt Potsdam sind neben den bereits gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsformaten, etwa in der Bauleitplanung, die „WerkStadt für Beteiligung“, der Beteiligungsrat und die „Grundsätze für Beteiligung“, die seit 2011 im Dialog mit der Potsdamer Einwohnerschaft entwickelt und ins Leben gerufen wurden.

In sieben, einfach formulierten Grundsätzen wird festgehalten, woran sich Beteiligung in Potsdam orientiert. Diese Grundsätze sind selbstverständlich im Rahmen der Planung und Durchführung der Formate zu beachten:

- Verbindlichkeit
- Frühzeitige Einbeziehung
- Niedrigschwellige Informationsbereitstellung
- Angemessene Kommunikationskultur
- Aktivierung der Einwohnerschaft
- Förderung der Anerkennungskultur
- Herstellen von Chancengleichheit und Barrierefreiheit

Neben der formellen Beteiligung z.B. in der Bauleitplanung, stellt die freiwillige Beteiligung eine wichtige Grundlage der Potsdamer Bürgerbeteiligung dar. Insbesondere in Zeiten von immer größer werdenden Herausforderungen durch multiple Krisen (Pandemie, Krieg, Energiekrise, Flüchtlingswellen uva.) gilt es, die demokratischen Grundsätze in der Kommune zu stärken. Wenn Einwohnerinnen und Einwohner ihre eigenen Vorstellungen in die Planungs- und Umsetzungsprozesse kommunaler Prozesse einbringen können, trägt dies in der Folge zur Identifikation mit ihrer Stadt bei und stärkt das Vertrauen in die Demokratie. Denn durch diese Prozesse entsteht Selbstwirksamkeit, welche eine zentrale Grundlage für die Akzeptanz und das Vertrauen in die Demokratie darstellt.

Hierbei ist es besonders wichtig, die Einwohnerinnen und Einwohner mitzunehmen und nachvollziehbare Strukturen sowie eine Übersicht der Beteiligungsprozesse in Potsdam aufzuzeigen, um Redundanzen zu vermeiden und die Qualität der Beteiligungsprozesse zu steuern. Das Format „Im Dialog mit dem Oberbürgermeister“ ist im besonderen Maße geeignet, diesen Überblick zu bieten und den Einwohnerinnen und Einwohnern die Möglichkeit zu geben, die ihren Stadtteil und Sozialraum betreffenden Entwicklungen zu begleiten und Kenntnis über die kommenden Projekte zu erlangen.

Ziele

1. Dialogisches Verfahren

Ziel des Formates ist der Austausch zwischen kommunaler Verwaltung und den Einwohnerinnen und Einwohnern der Landeshauptstadt Potsdam. Es handelt sich um ein informationelles Format mit dialogischem Anteil, bei dem Bürgerinnen und Bürger mit der Verwaltung in Kontakt kommen und Fragen stellen können. Hierbei soll neben der Vermittlung stadtweit relevanter Themen und Informationen insbesondere auf die durch die Einwohnerinnen und Einwohner gesetzten Themen und Fragen eingegangen werden. Diese Themen werden im Dialog mit den Einwohnerinnen und Einwohnern behandelt.

Dieser Austausch soll dabei die Gestalt haben, dass einerseits die Verwaltung zu stadtweit relevanten Themen informiert sowie Rückmeldungen hierzu erhält und andererseits die Einwohnerinnen und Einwohner Gelegenheit haben, ihre Themen gegenüber der Verwaltung zu setzen und Antworten auf ihre Fragen zu erhalten.

2. Formate

Der Dialog ist ein etabliertes Format für die Einwohnerinnen und Einwohner geworden, in dem sie sich in gebündelter Form zu den aktuellen Entwicklungen und Anliegen in ihrer Stadt und ihrem Stadtteil informieren und Rückmeldungen dazu geben können. Begleitend zur Präsenz-Veranstaltung vor Ort findet ein Online-Dialog statt, wodurch das Format einen crossmedialen Charakter erhält. Hier wurden verschiedene Formate getestet, um zu erfahren, welche Medien die Einwohnerinnen und Einwohner in ihrer Beteiligung am sinnvollsten unterstützen können.

3. Feedback

Im Zuge dessen soll Dialog für Dialog eine Sammlung aus Rückmeldungen, Stimmungsbildern und im weiteren Sinne bearbeitbaren Informationen entstehen, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung für ihre jeweiligen Planungs- und Konzeptanliegen nutzen können.

So kann einerseits eine zeitliche Überforderung der Einwohnerinnen und Einwohner aufgrund vielzähliger und kleinteiliger participationsveranstaltungen vermindert und andererseits eine Sammlung an Informationen aufgebaut werden, aus denen die Fachverwaltung laufend für ihre jeweiligen participationsprozesse schöpfen kann.

4. Vernetzung

Grundlage ist der Gedanke, die Mitwirkungsmöglichkeiten von der „örtlichen Gemeinschaft“, also vom räumlichen Bezug her, zu entwickeln. Dies folgt dem Grundgedanken und der Erfahrung, dass eine direkte örtliche oder inhaltliche Betroffenheit zu einem größeren Interesse und mithin zu einer höheren Beteiligung führen kann. Ergänzend hierzu soll mit den Dialogen auch das Ziel verbunden sein, das Zusammenleben und -wirken der Einwohnerinnen und Einwohner zu befördern, die bestehenden Nachbarschaftsbeziehungen zu unterstützen sowie die Vernetzung der Akteurinnen und Akteure voranzutreiben.

Die Dialoge sollen daher entsprechende Möglichkeiten für die Einwohnerinnen und Einwohner zum gegenseitigen Kennenlernen und Austauschen anbieten und sie so zum gemeinsamen Handeln ermutigen.

Außerdem soll im Rahmen der Dialoge die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in zielgruppengerechter Form mit den gleichen Zielen verfolgt werden, wie sie hier dargestellt werden.

Daneben wird es weiterhin Ziel der Bürgersprechstunden sein, den Austausch der Einwohnerinnen und Einwohnern direkt mit dem Oberbürgermeister herzustellen und persönliche Themen unmittelbar mit ihm im vertraulichen Rahmen unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu besprechen. Im Nachgang jeder Bürgersprechstunde werden diese Themen in die Verwaltung kommuniziert und Lösungen abgestimmt. Die Nachhaltung wird im Büro des Oberbürgermeisters sichergestellt.

Die Bürgersprechstunde

Der Oberbürgermeister führt regelmäßig persönliche und öffentliche Bürgersprechstunden sowie Social-Media-Sprechstunden (online) durch. Die Bürgersprechstunde wird aus dem Format des Dialoges herausgelöst und unabhängig von der Dialogveranstaltung durchgeführt.

Die persönlichen Bürgersprechstunden finden weiterhin nach Anmeldung statt und werden an unterschiedlichen Orten (z.B. Büro des Oberbürgermeisters, Bürgerhäuser o.ä.) geplant. Für die öffentlichen Sprechstunden ist keine Anmeldung nötig, diese werden an öffentlichen Orten, z.B. auf Wochenmärkten, stattfinden.

Die Social-Media-Sprechstunden werden über Soziale Netzwerke beworben und auf dem Kanal des Oberbürgermeisters Live oder als Video angeboten.

Ziel ist es, regelmäßig persönliche Bürgersprechstunden pro Jahr anzubieten. Die Bürgersprechstunden werden im Vorfeld über die Webseite der Landeshauptstadt Potsdam veröffentlicht. Sie können sowohl in Präsenz, als auch per Telefon oder als Videokonferenz durchgeführt werden.



Vom Stadtteildialog zur Einwohnerversammlung

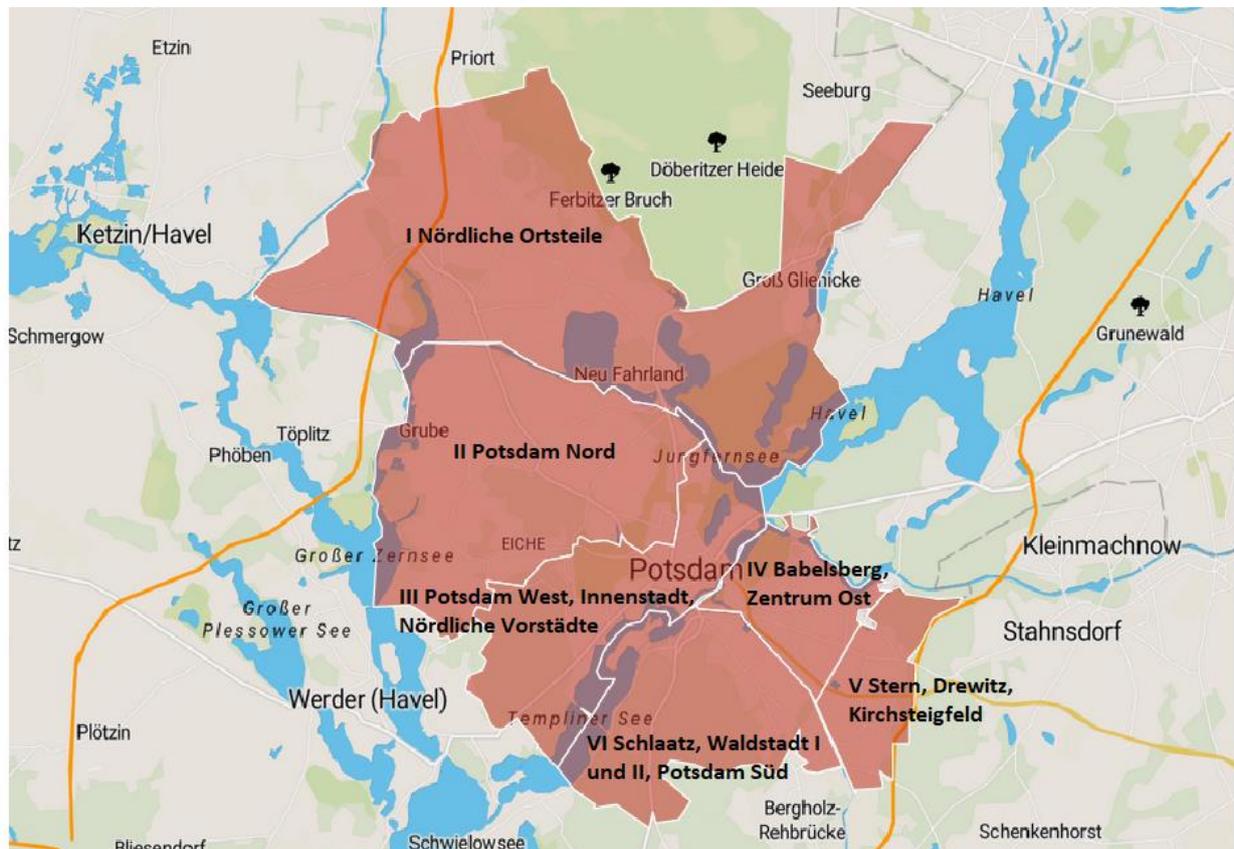
Ursprünglich galt der Ansatz, dass Stadtteildialoge und Stadtteilwanderungen anlassbezogen – also bezogen auf einen konkreten und vor Ort relevanten Anlass hin – stattfinden. Die Erfahrung zeigt, dass dies dazu führen kann, dass Veranstaltungen nicht gleichförmig in den Stadtteilen angeboten werden. Ein tatsächlich oder möglicherweise auch nur als selektives wahrgenommenes Angebot ist zu vermeiden. Daher wird der Anspruch erhoben, dass Dialogveranstaltungen zwar aktuelle Anliegen der Einwohnerinnen und Einwohner aufgreifen, dabei aber eine ausgewogene Verteilung im Stadtgebiet sichergestellt wird. Zusätzlich findet bei 32 Stadt- und Ortsteilen höchsten alle paar Jahre ein Dialog im eigenen Stadtteil statt. Somit ist der grundsätzliche Einbezug der Einwohnerinnen und Einwohnern in die Entwicklungsprozesse eingeschränkt. Weiterhin wird das Ziel, eine fortlaufende Sammlung der Rückmeldungen anzulegen und die Vernetzung der Einwohnerinnen und Einwohner vor Ort zu stärken, erschwert. Ferner zeigt die Erfahrung, dass die Durchführung eines zweiteiligen Formates (Wanderung und Dialog) die Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner behindern kann, denn die von den Einwohnerinnen und Einwohnern investierte Zeit ist begrenzt.

Daher wird der weiterentwickelte Dialog von dem ursprünglich in zwei Teile geteilten Konzept zusammengeführt zu einer Kernveranstaltung, der „Einwohnerversammlung“. Laut § 4 der Hauptsatzung findet die Einwohnerversammlung zu wichtigen Angelegenheiten der Landeshauptstadt Potsdam statt, insbesondere dann, wenn es sich um Planungen oder Vorhaben handelt, die die strukturelle Entwicklung der Landeshauptstadt Potsdam nachhaltig beeinflussen oder die mit erheblichen Auswirkungen für eine Vielzahl von Einwohnerinnen und Einwohnern verbunden sind. Die Einwohnerversammlungen werden auf Grundlage des Beschlusses 18/SVV/0265 der Stadtverordnetenversammlung von dem Oberbürgermeister

einberufen.

Ergänzend wird der räumliche Bezug verändert, vom Stadtteil hin zum Sozialraum. Es soll einmal jährlich in jedem der sechs Sozialräume ein Dialog zu städtischen Angelegenheiten und der Weiterentwicklung des Sozialraums durchgeführt werden. Hierbei können unterschiedliche Schwerpunkte den jeweiligen Fokus der Veranstaltung stellen. Die Einwohnerversammlungen werden in die Sozialräume aus den in der Abbildung gezeigten Stadtteilen unterteilt.

Zweck und Aufgabe der sozialraumbezogenen Einwohnerversammlung ist neben der Unterrichtung der Einwohnerinnen und Einwohner über ihren Sozialraum betreffende Themen, auch die Möglichkeit der direkten Einflussnahme der im Sozialraum Wohnenden auf ihr Lebensumfeld..



Quelle: Open Street Map, Statistik und Wahlen – Sozialraum-Beschriftung: Büro des Oberbürgermeisters

Aufbau der Einwohnerversammlung

Mit dem Format der Stadtteilwanderung wurden grundsätzlich gute Erfahrungen gesammelt. Die Einwohnerinnen und Einwohner nahmen die Gelegenheit gerne wahr, um mit der Verwaltungsspitze niedrigschwellig ins Gespräch zu kommen. Daher soll es auch in Zukunft die Möglichkeit geben zu einzelnen Themen Vor-Ort-Termine zu vereinbaren. Diese können themen- und/oder anlassbezogen im Nachgang zur Einwohnerversammlung durchgeführt werden. Ziel ist es, entsprechende Hinweise vor Ort sichtbar zu machen und konstruktiv in die Lösungsfindung zu gehen. Die Leitung der Vor-Ort-Termine übernimmt die fachlich

zuständige Stellvertretung des Oberbürgermeisters. Über die Art und Weise (u.a. Datum, Dauer, weitere Akteure) wird sich auf der Einwohnerversammlung verständigt. Die Nachhaltung erfolgt im Rahmen der Betrachtung der durchgeführten Einwohnerversammlung durch das Büro des Oberbürgermeisters.

Der Fokus der Beteiligung wird jedoch auf die Einwohnerversammlung gelegt. Diese wird im jährlich wiederkehrenden Format in jedem Sozialraum durchgeführt.

Im folgenden wird ein Ablauf der Einwohnerversammlung skizziert.

0. Ankommen

Die vorab auf dem Online-Portal aufgenommenen Themen, Anregungen und Hinweise stehen den Einwohnerinnen und Einwohnern vor Ort aufbereitet zur Visualisierung bereit.

Zudem können die Potsdamerinnen und Potsdamer bereits beim Eintreffen weitere Themen über Tafeln oder bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Büros des Oberbürgermeisters hinterlassen. Während der Zeit des Vortrages arbeiten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die neuen Hinweise für einen Gallery Walk auf.

Die Verwaltungsspitze und die Einwohnerinnen und Einwohner kommen gemeinsam am Veranstaltungsort an und können sich eine kurze Zeit vernetzen.

1. Bericht zu aktuellen Themen

Danach folgt ein Vortrag der Verwaltungsspitze und/oder externer Akteure über die Entwicklungen des Sozialraums sowie die kommenden Vorhaben.

Nach dieser Präsentation, die in der Regel für die Verwaltung folgende Gliederung hat:

- I. Allgemein Stadt
- II. Sozialraum,

können die Einwohnerinnen und Einwohner ihre Fragen, Anregungen und Anliegen mit Bezug zum Sozialraum vortragen und auch eigene Anträge stellen.

2. Gallery Walk und Thementische

Die Anregungen und Hinweise werden in einem Gallery Walk ausgestellt und die Schwerpunktthemen an Thementischen vertieft besprochen.

Die Einwohnerinnen und Einwohner haben die Möglichkeit, mit Klebepunkten an den Hinweisen und Ideen eine Gewichtung vorzunehmen und somit gewichtete Anliegen an den Oberbürgermeister zu geben.

3. Ausblick

Nach dem Gallery Walk mit der Gewichtung und der Diskussion an den Thementischen gibt es eine Vorstellung der gewichteten Themen im Plenum. Zudem wird im Nachgang der Versammlung Online abgestimmt, welche Anliegen über den Oberbürgermeister (Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam - § 16 Beschlussvorlagen und Anträge) in die Stadtverordnetenversammlung einbegebracht werden. (Siehe auch den Punkt Einbringung gewichteter Hinweise in die Stadtverordnetenversammlung)

Zum Abschluss gibt der Oberbürgermeister einen Ausblick.

Ab der zweiten Einwohnerversammlung in einem Sozialraum erfolgt unter 1. auch die Auswertung der vorangegangenen Einwohnerversammlung sowie eine Mitteilung zu den Anträgen. Die Festsetzung von Ort und Zeit der Einwohnerversammlung wird durch das Büro des Oberbürgermeisters vorgenommen und anschließend der Hauptausschuss einmal im Jahr über die anstehenden Einwohnerversammlungen informiert. Dies ermöglicht eine langfristige Planung für alle beteiligten Akteurinnen und Akteure.

Zusätzlich wird in diesem Gremium über die zurückliegenden Einwohnerversammlungen des Jahres berichtet.

Kinder- und Jugendbeteiligung

Im Rahmen der Einwohnerversammlungen ist eine Kinder- und Jugendbeteiligung zu erwägen. Zum Beispiel könnten in Zusammenarbeit mit der Koordinatorin für die Interessen von Kindern- und Jugendlichen und dem Kinder- und Jugendbüro des Stadtjugendring Potsdam e.V. geeignete Formate und Angebote in den jeweiligen Stadtteilen entwickelt werden. Diese Formate und Angebote sollten anlassbezogen sein, so können spezielle Einwohnerversammlungen für Kinder, Kooperationen mit Vereinen und Trägern und verschiedene Formate sowie Kooperationspartner gefunden werden. Die Kinder- und Jugendbeteiligung muss nicht am gleichen Tag oder zur gleichen Uhrzeit wie die Einwohnerversammlungen stattfinden – soll aber Eingang in die Öffentlichkeitsarbeit finden.

Standards der Einwohnerversammlungen

Die sozialraumbezogene Einwohnerversammlung soll für die Einwohnerinnen und Einwohner ein wiedererkennbares und verlässliches Format darstellen und auf dem bereits bekannten Format aufsetzen. Daher sind einige Standards zu befolgen. Grundsätzlich ist das Format als zweistündige Veranstaltung vorgesehen. Die Einwohnerversammlungen sind unter der Woche abends oder samstags Vormittag zu planen. Die Initiative soll weiterhin von beiden Seiten ausgehen – den Einwohnerinnen und Einwohnern und der Verwaltung. Die Verwaltung bekommt die Gelegenheit, über geplante Projekte mit den Einwohnerinnen und Einwohnern in Kontakt zu treten.

Die Einwohnerinnen und Einwohnern können eigene Themen, Ideen und Hinweise einbringen und hierzu von der Verwaltung eine Rückmeldung erhalten. Die Bekanntmachung, Durchführung und Nachbereitung sowie Dokumentation wird stets in gleicher Weise erfolgen. Hinsichtlich der Teilnahme ist vorgesehen, dass stets der



Oberbürgermeister und seine fachlich zuständigen Stellvertretungen sowie im Einzelfall die

fachlich zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung vor Ort sind. Weiterhin sollten auch Vertretende städtischer Unternehmen anwesend sein.

Darüber hinaus werden die Beiräte (z.B. Seniorenbeirat, Beteiligungsrat), die Stadtverordneten, die Revierpolizei und externe Akteure eingeladen an der Veranstaltung teilzunehmen und sich einzubringen. Ein standardisierter Vordruck für die Aufnahme der Hinweise wird den Einwohnerinnen und Einwohnern zur Verfügung gestellt.

Vor der Gewichtungphase werden die Hinweise, die das Verwaltungshandeln und die Hinweise, die das politischem Handeln betreffen durch die Mitarbeitenden der Verwaltung vor Ort markiert.

Weitere Standards sollen ebenfalls in Form von verschiedenen Schriftstücken (Zwischenstände, Antwortschreiben etc.) die zeitnahe Bearbeitung der Anträge ermöglichen. Ergänzend ist es auf Grundlage dieser Standards auch möglich, bereits bestehende Veranstaltungsformate zu Einwohnerversammlungen im hier dargestellten Sinne weiterzuentwickeln.

Themenangebot

In den sechs Sozialräumen wird wiederkehrend jedes Jahr eine Einwohnerversammlung geplant. Die Themenschwerpunkte können hierbei unterschiedlich gesetzt werden. Es können sowohl aus der Verwaltung als auch aus der Einwohnerschaft heraus Themen eingebracht werden. Hierfür werden aus der Verwaltung heraus Anlässe identifiziert und gleichzeitig grundsätzlich folgende Themenbereiche vorbereitet:

- Soziale Infrastruktur
- Wohnen
- Gewerbe und Arbeitsplätze
- Mobilität
- Grün und Freiflächen
- Ordnung und Sicherheit
- Kultur und Freiräume
- Offenes

Diese festgelegten Standardthemen spielen erfahrungsgemäß häufig eine wichtige Rolle und dienen einer Strukturierung des Formates. Weitergehende Themenbereiche werden ausdrücklich nicht ausgeschlossen. Denn darüber hinaus bestimmen die Themen der Einwohnerinnen und Einwohner das Format. Im Zuge der Vorbereitung einer jeden Einwohnerversammlung startet für den Sozialraum ein spezifisch erstellter Online-Dialog über die Beteiligungsplattform der LHP, in dem Fragen, Hinweise und Themenvorschläge gesammelt werden. Die Themen, Hinweise und



Fragen werden bei Doppelungen zusammengefasst.

Je nachdem, ob sich der Anlass der Einwohnerversammlung und/oder die Themensetzung oder Fragestellungen seitens der Einwohnerinnen und Einwohner auf ein bestimmtes Thema konzentrieren oder aber sich breit über die Themenbereiche streuen, lässt sich das Veranstaltungsformat dementsprechend anpassen.

Bekanntmachung

Für alle Einwohnerversammlungen wird in gleicher Weise eine Bekanntmachung betrieben. Diese muss im Sinne der Chancengleichheit und Barrierefreiheit erfolgen. Sie besteht neben der üblichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit darin, dass per Flyer vorab an alle Haushalte im jeweiligen Einzugsgebiet eine Information zu dem Termin der Einwohnerversammlung ergeht, auf der auch zur Teilnahme am Online-Dialog eingeladen wird. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich, aber wünschenswert. Generell sollen Rückmeldungen an das Büro des Oberbürgermeisters, per E-Mail, per Telefon oder über die Beteiligungsplattform erfolgen. Die Kontaktdaten sind über die Webseite und auf den Flyern veröffentlicht.

Dokumentation und Veröffentlichung

Der Dokumentation und Veröffentlichung der Ergebnisse der Einwohnerversammlung kommt ein wichtiger Stellenwert zu, da die entstandenen Informationen sowohl für die Einwohnerinnen und Einwohner, aber auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung im Nachgang zur Weiterarbeit an ihren jeweiligen Themen als Quelle dienen sollen. Darüber hinaus ist auch die Kommunikation zum Umgang mit den Hinweisen ein wichtiger Faktor für den Erfolg der Versammlungen, daher dient die Dokumentation auch der Transparenz über diesen weiteren Umgang. Dafür ist es wichtig, dass bereits während der jeweiligen Veranstaltung die Dokumentation der zentralen Ergebnisse und Informationen vorgenommen wird, um den Aufwand in einem angemessenen Rahmen halten zu können. Zum Beispiel dienen beschriebene Moderationskarten oder Flipcharts mit Fragesammlungen als angemessenes Instrument.

Zentrale Inhalte der Dokumentation sind zumindest die auf der Veranstaltung vermittelten Informationen in einer Kurzfassung, die zentralen Ergebnisse und Fragestellungen in den einzelnen Themenbereichen sowie die wichtigen getroffenen Aussagen der Verwaltung. Die Dokumentation muss nicht zwingend in Schriftform, sondern kann durch Listen, Videos Präsentationen o.ä. geschehen. Eine Protokollierung aller Wortbeiträge ist ausdrücklich nicht vorgesehen.

Darüber hinaus wird eine Videoaufzeichnung der Einwohnerversammlung vorgenommen, welche ebenfalls als Dokumentation veröffentlicht wird. Die Dokumentation der Einwohnerversammlung wird den Teilnehmenden übermittelt, sofern sie Ihre Mailadresse im Büro des Oberbürgermeisters hinterlegt haben.

Die Veröffentlichung der Dokumentation erfolgt über die Webseite der Landeshauptstadt Potsdam.



Einbringung gewichteter Hinweise in die Stadtverordnetenversammlung

Grundsätzlich kann nur die Stadtverordnetenversammlung politische Entscheidungen treffen, sie ist das oberste parlamentarische Gremium auf kommunaler Ebene. Weder die Einwohnerinnen und Einwohner noch die Verwaltung können diese Funktion übernehmen. Um die Rolle der SVV zu stärken und Themen, Ideen oder Anregungen aus den Einwohnerversammlungen in die SVV zu tragen und dort zur Diskussion zu stellen, ist es dem Oberbürgermeister möglich Anträge direkt in die Stadtverordnetenversammlung einzubringen. Die Einwohnerversammlung bietet in diesem Kontext die Möglichkeit eine Aggregation der Themen vorzunehmen. Gewichtete Hinweise aus der Veranstaltung werden gemäß der Hauptsatzung §4 Abs. 1(d) über den Oberbürgermeister in die nächstmögliche Stadtverordnetenversammlung eingebracht.¹ Die Formulierung von Anliegen erfolgt nach Möglichkeit direkt während der Einwohnerversammlung durch das Büro des Oberbürgermeisters und die Teilnehmenden der Versammlung.

In Zukunft sollen die Möglichkeiten der digitalen Beteiligung bei der Auswahl der gewichteten Vorschläge eine große Rolle spielen. So soll es im Nachgang zur Versammlung die Möglichkeit geben, auf einer digitalen Plattform über die Ideen, Vorschläge und Hinweise abzustimmen. Dies ermöglicht die Beteiligung eines erweiterten Personenkreises und zeigt transparent die weitere Bearbeitung auf. Ziel der Abstimmung wird es dann sein, die Ideen in die SVV einzubringen und die Themen somit auf politischer Ebene zu diskutieren und entscheiden zu lassen. Der Weg der Einbringung erfolgt analog der gewichteten Hinweise.

Die Kennzeichnung der Anträge innerhalb der SVV erfolgt mittels Bezeichnung der jeweiligen Einwohnerversammlungen mit Sozialraum und Datum. Die Einbringung der Hinweise erfolgt unter dem Tagesordnungspunkt **„Bürgeranliegen aus den Einwohnerversammlungen“**.² Dieser wird direkt nach dem Bericht des Oberbürgermeisters aufgerufen. Der Oberbürgermeister informiert zunächst kurz zur Versammlung, anschließend werden die Anliegen als Beschlussvorlagen über die fachlich zuständigen Stellvertretungen des Oberbürgermeisters in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht. So wird die Einbringung der gewichteten Hinweise erhöhte Betrachtung finden.

Diese sind innerhalb einer Frist von drei Monaten von der Stadtverordnetenversammlung, oder dem zuständigen Ortsbeirat zu behandeln. Eine Verweisung in die Fachausschüsse zur inhaltlichen Beratung ist gemäß den Regeln der Geschäftsordnung möglich. Der oder die Antragstellende, sofern die Kontaktdaten hinterlegt wurden, ist über die Beschlussfassung zu unterrichten. Der Beschluss ist zu veröffentlichen und es ist im Rahmen der Beschlusskontrolle der nächsten regulären Einwohnerversammlung im Sozialraum zu berichten. Weiterhin wird auf der Informationsseite der Einwohnerversammlung eine Verlinkung zu den Anträgen und Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung bereitgestellt. Auch eine Verschränkung mit einem digitalen Beteiligungstool soll in Zukunft zur Transparenz über die Bearbeitung der Vorschläge beitragen.

¹ Das Verfahren verläuft vergleichend wie das der Einbringung der Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt

² Änderungen der Geschäftsordnung notwendig

Die Einwohnerversammlungen kann eine Person bestimmen, die für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Versammlung im Rahmen eines Rederechtes in der Stadtverordnetenversammlung die Anregungen und Vorschläge der Versammlung vorträgt. Eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Einbringung der gewichteten Hinweise, je nach Erfahrung mit dieser Methode, wird angestrebt.

Zeitplanung

Im Folgenden ist der vorläufige idealtypische Ablauf der Formate von der Vorbereitung bis zur Dokumentation dargestellt.

Mit der Haushalts- und Ressourcenplanung könnte jährlich circa alle zwei Monate ein Dialog stattfinden – somit regelmäßig sechs Veranstaltungen.

Grundsätzlich ist im vorläufigen idealtypischen Ablauf einer Einwohnerversammlung von einer gesamten Umsetzungszeit von mindestens 10 Wochen (ohne Nachhaltung) zusätzlich der Zeit zur Aufbereitung und Einreichung der gewichteten Hinweise in die Stadtverordnetenversammlung auszugehen.

KW	Arbeitsschritt	Erläuterung
-5 bis 0	Bekanntmachung	Online, Nennung Termin Dialog; Hinweis auf Online Möglichkeit der Hinweisabgabe
-4 bis 0.	Online Hinweisabgabe	Bis einschließlich kurz vor der Veranstaltung Sammlung von Themen und Fragen möglich
	Flyer, Presse	Zwei Wochen vor der Veranstaltung, Verteilung Flyer an die Haushalte des Sozialraumes, Pressearbeit
-2	Auswertung	Auswertung der bis dahin online eingegangenen Themen und Fragen; finale inhaltliche Planung und Organisation der Einwohnerversammlung
0	Dialog	Umsetzung Einwohnerversammlung Mit der Möglichkeit weitere Fragen, Hinweise und Anregungen vor Ort einzubringen. Die Gewichtung der Hinweise sowie die verbindliche Definition einer möglichen Vor-Ort-Begehung werden im Termin bestimmt.
+3	Wanderung	Sofern Hinweise anlass- oder themenbezogen während der Einwohnerversammlung als notwendig erachtet wurde
+5	Veröffentlichung / Dokumentation	Online zum Download bereitstellen sowie auf Nachfrage im Büro des Oberbürgermeisters

bis zu +12	Einbringung der gewichteten Hinweise	Die gewichteten Hinweise, Vorschläge oder Anregungen werden nach dem Dialog in die Stadtverordnetenversammlung oder Ausschüsse eingebracht. Zeitgleiche Verlinkung der Anträge aus dem Allris auf der Dialog Website.
Anschließend	Ausgangsinformation	Ausgangsinformation der gewichteten Hinweise an den Oberbürgermeister
	Ausgangsinformation	Durch den Oberbürgermeister an die Einwohnerinnen und Einwohner
+52	Wiedervorlage	Wiedervorlage der Anträge und gewichteten Hinweise im Rahmen des Verwaltungshandeln zum Folgedialog in dem Sozialraum

Ressourcenplanung

Für die Umsetzung der genannten Formate ist eine Sachbearbeiter/in-Vollzeitstelle sowie eine Referenten/in-Vollzeitstelle im Büro des Oberbürgermeisters vorzusehen. An Sachkosten ist für die Umsetzung einer Einwohnerversammlung mit den folgenden Kosten zu rechnen:

Veranstaltungskosten (Raummiete, Veranstaltungstechnik, Verpflegung)	5000 €
Kosten der Öffentlichkeitsarbeit (Bekanntmachung, Dokumentation)	5000 €
Betreuungskosten (Moderation, Dolmetschen)	2000 €
maximale Gesamtkosten einer Einwohnerversammlung	<u>12.000 €</u>

Insofern ist mit sechs Einwohnerversammlung und der abschließenden Gesamtdokumentation mit den folgenden Kosten zu rechnen:

Kosten für sechs Einwohnerversammlungen	72.000 €
Gesamtkosten	<u>72.000 €</u>

Zu berücksichtigen ist, dass auch in den Geschäftsbereichen, die die fachlichen Inhalte aufbereiten und kommunizieren müssen, zusätzliche personelle Kapazitäten gebunden werden.

Für die operativen Aufgaben (Organisation, Terminabsprachen, Vorbereitungstreffen, Begleitung bei der Durchführung, Dokumentation) sowie die methodische Ausgestaltung der Formate ist vorgesehen, dass personellen Ressourcen im Büro des Oberbürgermeisters vorgehalten werden. Für die erstmalige Durchführung der sozialraumbezogenen Einwohnerversammlungen in 2024 ist der im Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam hinterlegte Planansatz einzuhalten. Anschließend ist nach den oben definierten Gesamtkosten zu planen oder in begründeten Fällen die Haushaltsplanung anzupassen.



Pflichtige Zusatzinformationen zur Vorlage

Betreff:

Novellierung Konzept Im Dialog mit dem Oberbürgermeister

öffentlich nicht öffentlich

► **Berücksichtigung Gesamtstädtischer Ziele** ja nein

<input type="checkbox"/> Digitales Potsdam	<input type="checkbox"/> Wachstum mit Klimaschutz und hoher Lebensqualität	<input type="checkbox"/> Vorausschauendes Flächenmanagement
<input type="checkbox"/> Bedarfsorientierte und zukunftsfähige Bildungsinfrastruktur	<input type="checkbox"/> Umweltgerechte Mobilität	<input checked="" type="checkbox"/> Bürgerschaftliches Engagement
<input type="checkbox"/> Investitionsorientierter Haushalt	<input type="checkbox"/> Vielseitiges Unternehmertum	<input type="checkbox"/> Bezahlbares Wohnen und nachhaltige Quartiersentwicklung

Bezug zum Strategischen Projekt (falls möglich):

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

► **Finanzielle Auswirkungen** ja nein

Das Formular „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als Pflichtanlage beizufügen!

Fazit der finanziellen Auswirkungen:

Kurze Zusammenfassung der Pflichtanlage (keine Wiederholung)

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

► **Berechnungstabelle Demografieprüfung**

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
					0	keine

► **Klimaauswirkungen**

positiv

negativ

keine

Fazit der Klimaauswirkungen: